

Jugend-Check zur Bundestagswahl

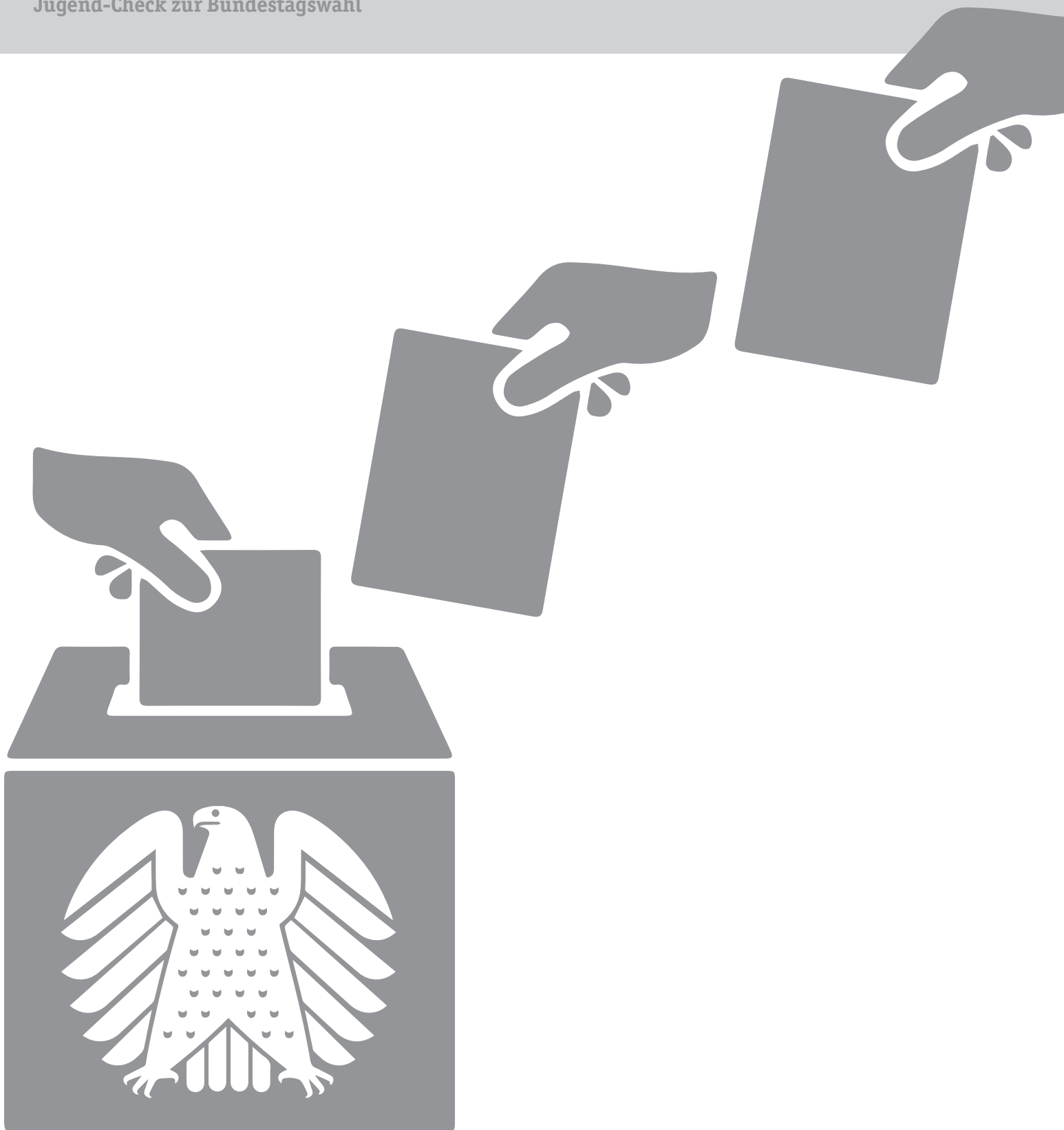
politik
3/21



26. September

7 Fragen an 5 Kandidatinnen aus Hamburg





Was steht zur Wahl?

Wofür streiten die Parteien? Welche Ziele verfolgen sie? Wie wollen sie diese erreichen? Und welche Interessen junger Menschen haben sie

dabei auf Ihrer Agenda? Wir haben sieben Fragen an fünf Kandidatinnen gerichtet, die für ihre Partei in Hamburg zur Bundestagswahl

antreten. Also, wie man in Hamburg sagt: Butter bei die Fische!

Jugend-Check zur Bundestagswahl am 26. September

7 Fragen an 5 Kandidatinnen aus Hamburg



© Rolf Otzipka

Franziska Hoppermann

CDU | *1982 | Direktkandidatin im Wahlkreis Wandsbek und Platz 2 auf der CDU-Landesliste | Amtsleiterin in der Hamburger Behörde für Justiz und Verbraucherschutz | stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Wandsbek | <https://franziska-hoppermann.de>



© D. Möllenhoff

Ronja Schmager

SPD | *1989 | Platz 5 auf der SPD-Landesliste | Doktorandin zur digitalen Zukunft der ambulanten Pflege im ländlichen Raum | Kreisvorsitzende der SPD Harburg | www.facebook.com/ronja.schmager



© Patrick Lux

Ria Schröder

FDP | *1992 | Platz 2 auf der FDP-Landesliste | Juristin | Beisitzerin im FDP-Bundesvorstand und stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Hamburg | www.riaschroeder.de | info@riaschroeder.de



© Konstantin Eulenberg

Žaklin Nastić

Die Linke | *1980 | Direktkandidatin im Wahlkreis Eimsbüttel und Platz 1 auf der Landesliste der Linken | Angehörigenpflegerin | seit 2017 Mitglied des Bundestages und menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke | www.zaklinnastic.de | zaklin.nastic@bundestag.de



© Grüne Hamburg / Henning Angerer

Linda Heitmann

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | *1982 | Direktkandidatin im Wahlkreis Altona und Platz 5 der Landesliste | Geschäftsführerin der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen | <https://linda-heitmann.de>

1. Stichwort: Politik für junge Menschen

Welche Maßnahmen möchte ihre Partei in den nächsten vier Jahren ergreifen, um die Lebensbedingungen von jungen Menschen spürbar und nachhaltig zu verbessern? Hat Ihre Partei eine Jugendstrategie?



Franziska Hoppermann (CDU):

Zu den Lebensbedingungen junger Menschen gehören viele Aspekte. Die Einkommenssituation der Familie, Ausbildung, Zeit für die Familie, Umgang von beiden Elternteilen, Gesundheit, ehrenamtliches Engagement und Kinder- und Jugendeinrichtungen, Sicherheit und vieles mehr. Für uns als CDU steht die Familie im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb ist unser Ziel, z.B. eine bessere Berücksichtigung von Kindern in der Besteuerung von Einkommen durch einen höheren Kinderfreibetrag, insbesondere auch für Alleinerziehende, zu erreichen. Hier ist in der letzten Legislatur schon eine Verdopplung gelungen. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr und während der Ausbildung sollen deutlich ausgeweitet werden und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung anerkannt werden. Für Familien muss es einfacher sein, Wohnraum zu bekommen und auch als Eigentum zu finanzieren. Familien brauchen Zeit füreinander, weshalb wir flexiblere Arbeitszeitmodelle unterstützen. Wir setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau der psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeit für Kinder und Jugendliche ein. Wir wollen Kinder und Jugendliche in einem gesunden Aufwachsen durch ein spezielles Bundesprogramm stärken. Und Kinder und Jugendliche müssen stärker vor Gewalt geschützt werden, in der digitalen und der analogen Welt. Nicht zuletzt gehört eine solide Finanz- und Haushaltspolitik zu einem Grundpfeiler von Generationengerechtigkeit.

Innerhalb der Partei haben wir im Rahmen einer Struktur- und Satzungskommission auch die stärkere Beteiligung junger Menschen in Ämtern und Mandaten vorgesehen.



Ronja Schmager (SPD):

Wir müssen jetzt als junge Menschen unsere Zukunft wählen und mitgestalten – dafür wollen wir als SPD mit drei Schwerpunkten das Leben der jungen Generation verbessern:

- Gute Ausbildung, weil dein Weg nicht vom Einkommen deiner Eltern oder fehlenden Ausbildungsplätzen bestimmt werden darf. Die SPD kämpft deshalb für die Garantie auf einen Ausbildungsplatz für alle jungen Menschen. Und damit sich Studierende aufs Lernen konzentrieren können, machen wir das BAföG endlich elternunabhängiger und bauen es zu einem Vollzuschuss aus. So musst du nach dem Studium

nicht erst mal jahrelang deine BAföG-Schulden abbezahlen. Damit du dein eigenes Leben starten kannst – wie du es willst.

- Klimaneutrale und verfügbare Mobilität, weil wir alle wollen, vor allem schnell, sicher und zuverlässig zur Arbeit, in die Uni oder am Wochenende in die Kneipe oder zum See zu kommen, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Unsere individuelle Mobilität darf dabei weder am Geld noch an der Verfügbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs scheitern. Und um die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren und bald klimaneutral unterwegs zu sein, brauchen wir mehr Bus, Fahrrad und Bahn. Die SPD will dafür überall und für alle einen Anschluss an den ÖPNV in der Nähe des Wohnorts ermöglichen, Busse und Bahnen in allen Kommunen klimaneutral umrüsten, gemeinsam genutzte, öffentliche Räume zugunsten von Radfahrenden, Fußgänger*innen und des ÖPNVs umstrukturieren und Projekte für die Einführung von 365 Euro-Tickets schaffen. Damit die Mobilitätswende gelingt – für alle.
- Bezahlbares Wohnen, weil unser Wohnraum nicht für den Reichtum anderer da sein darf. Während dringend neuer bezahlbarer Wohnraum gebaut



werden muss, sind Entlastungen in angespannten Wohnlagen sofort nötig. Deshalb setzt sich die SPD für einen Mietestopp in diesen Gebieten ein. Mit neuen Wohnheimen für Studierende und Auszubildende soll gezielt für junge Menschen mit überschaubarem Budget der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Weil Wohnen ein Grundrecht ist – überall.



Ria Schröder (FDP):

Junge Menschen wurden in der Coronapolitik der Großen Koalition vergessen. Wenn überhaupt wurden ihre Probleme belächelt, in Werbespots verächtlich gemacht oder sie wurden als rücksichtslos und hedonistisch abgestempelt. Die FDP nimmt Jugendliche und ihre Probleme dagegen ernst. Drei Aspekte sind uns dabei besonders wichtig:

1. Aufstiegschancen ermöglichen

Ob Schule, Ausbildung, Arbeit oder Studium: Wir wollen junge Menschen dabei unterstützen ihren

eigenen Weg selbstbestimmt zu gehen. Dabei sollen die persönlichen Ziele und Träume entscheidend sein und nicht das Elternhaus, Herkunft oder Geschlecht.

Bildung muss oberste Priorität werden. Wir wollen 2,5 Mrd. Euro zusätzlich für den Bildungssektor bereitstellen und einen Digitalpakt 2.0, mit dem auch in digitale Methodik und Didaktik sowie in IT-Betreuung an Schulen investiert wird. Wir wollen Talentschulen mit bester Ausstattung und modernen pädagogischen Konzepten gerade da schaffen, wo Armut und soziale Herausforderungen groß sind. Als Lern-Buddys sollen Studierende die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, durch Corona entstandene Lernrückstände aufzuholen.

Arbeit soll sich lohnen. Wir wollen die bisherige Minijob-Grenze von 450 Euro anheben und dafür sorgen, dass Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II (Hartz 4) beziehen, ihren Lohn aus einem Minijob voll behalten dürfen.

2. Demokratische Teilhabe sichern

Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre auch bei bundesweiten Wahlen absenken. Neue Gesetze sollen kontinuierlich auf die Auswirkungen auf kommende Generationen geprüft und in der Gesetzesfolgenabschätzung das Innovationsprinzip parallel zum Vorsorgeprinzip verankert werden. Außerdem sollte die schwarz-rote Bundesregierung schon längst einen Corona-Jugendgipfel einberufen, um die Auswirkungen der Coronakrise auf junge Menschen mit Jugendlichen zu diskutieren und ihre Perspektiven zu berücksichtigen.

3. Zukunftschancen ermöglichen

Junge Menschen sind von den heutigen politischen Entscheidungen am längsten betroffen. Fehlentscheidungen von heute stellen sie vor die vollendeten Tatsachen von morgen. Deshalb wollen wir die Politik nicht an Legislaturperioden, sondern an Generationen ausrichten. Wir wollen die großen Herausforderungen unserer Zeit bei der Dekarbonisierung, der Demographie, der Digitalisierung beherzt angehen.



Žaklin Nastić (LINKE):

Die Bundesregierung hat die Interessen junger Menschen systematisch vernachlässigt – und insbesondere in Zeiten der Coronakrise wurde das Politikversagen auf diesem Gebiet sichtbar. Besonders davon betroffen waren und sind Kinder in Armut und in prekären Lebensbedingungen.

Auch die Situation von Studierenden hat sich in letzter Zeit deutlich verschlechtert. Zeitweilig gingen die Stellenausschreibungen für Studentenjobs um ca. 50 Prozent zurück, sodass viele Studierende nicht mehr in der Lage waren, ihr Studium aus eigener Kraft zu finanzieren.

DIE LINKE strebt einen Politikwechsel an und möchte die Interessen junger Menschen endlich in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen in Deutschland rücken.

Bildungspolitisch ist für uns LINKE klar, dass gleicher Zugang zu Bildung ein Menschenrecht ist. Nur durch echte Chancengleichheit von Geburt an kann die wachsende Ungleichheit in Deutschland nachhaltig abgebaut werden. Wir fordern daher einen grundlegenden bildungspolitischen Richtungswechsel. Der Zugang zu Bildung muss als öffentliche Daseinsvorsorge für alle gleichermaßen gewährleistet und nicht von der Finanzkraft der Kommune oder des Landes abhängig sein. Wir fordern für jedes Kind einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie, ganztägige und hochwertige Kinderbetreuung. Die öffentlichen Kindertageseinrichtungen müssen ausgebaut, besser ausgestattet und mehr Erzieher*innen ausgebildet, eingestellt und angemessen bezahlt werden. Wir kämpfen zudem dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können – von der ersten Klasse bis zum Abitur. Hierfür brauchen wir Gemeinschaftsschulen. Dazu benötigen wir



zusätzliche und gut ausgebildete Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und weiteres pädagogisches Personal. Wir streiten auch für eine deutlich bessere Finanzierung der inklusiven Bildung, denn auch junge Menschen mit Beeinträchtigungen sollen mit Gleichaltrigen zusammen lernen können – so schreibt es auch die UN-Behindertenrechtskonvention vor.

Zudem ist es für DIE LINKE eine Selbstverständlichkeit, dass alle Kinder und Jugendlichen ein Recht auf Erholung haben. Es ist nicht akzeptabel, dass junge Menschen, die in Armut leben, sich kein Kino oder Schwimmbad leisten können. Das Recht auf Erholung wollen wir durch Schaffung wohnortnaher, kostengünstiger Angebote gewährleisten. Ja, dafür sind Investitionen notwendig. Aber das sind uns unsere Kinder und Jugendlichen wert.

Auch die Interessen junger Erwachsener möchte DIE LINKE konsequent vertreten und macht sich daher u. a. für eine solidarische Ausbildungsumlage stark, damit genügend duale Ausbildungsplätze geschaffen werden und alle Jugendlichen eine gute Berufsausbildung absolvieren können. Die Zulassung von Studieninteressierten mit abgeschlossener Berufsausbildung muss überall und für alle Studiengänge möglich sein. Für

Studierende wollen wir das BAföG erhöhen und elternunabhängig machen, denn freier Zugang zur Bildung ist ein universelles Menschenrecht, welches nicht von der Größe der Brieftasche abhängig sein darf. Dies umfasst eine deutliche Anhebung der Fördersätze für den Grundbedarf auf 560 Euro pro Monat zuzüglich einer monatlichen Pauschale für ausbildungsbedingte Ausgaben. Das BAföG muss wieder als Vollzuschuss (also ohne Rückzahlung) gewährt werden.



Linda Heitmann (Grüne):

Jugendpolitik ist für uns Grüne insbesondere gute Bildungspolitik und die Bekämpfung auch von Kinderarmut. Außerdem ist Kern unserer

Jugendstrategie zudem die Stärkung von sozialen Räumen und politischer Teilhabe für Jugendliche. Bildungschancen sind Zukunftschancen. Nachhaltige Bildungserfolge ergeben sich nur durch die abgestimmte Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess beteiligten Institutionen und durch gute flächendeckende Ganztagsangebote. Ob Schulen, Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der Jugendarbeit – die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter*innen und pädagogische Mitarbeiter*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen.

Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft weiterentwickeln.

Außerdem setzen wir uns ein für eine Kindergrundsicherung, damit Kinder nicht in Armut aufwachsen und sich nicht von Beginn an ausgeschlossen fühlen. Mehr Infos dazu sind auch unter Frage 6 ausformuliert.

2. Stichwort: Klimawandel stoppen

Die Herausforderung des Klimawandels erfordert einschneidende Eingriffe in Ökonomie, Mobilität und Lebensweisen der Menschen. Welche Schritte stehen auf Ihrer politischen Agenda?



Franziska Hoppermann (CDU):

Die Union bekennt sich klar zum Ziel eines klimaneutralen Deutschlands bis 2045 und dem 2-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Wir wollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65% gegenüber 1990 reduzieren. Für uns ist klar, dass ein modernes Deutschland wirtschaftliche Stärke, konsequenten Klimaschutz und soziale Sicherheit braucht. Wir wollen Interessen dabei zusammenführen und nicht gegeneinander ausspielen. Wir setzen auf neue Technologien, Innovationen und Anreize wie z.B. in der Energiegewinnung, den Antriebsformen, Kraftstoffen,

in der Industrie. Klimaschutz muss dabei aber auch europäisch und global angegangen werden, um Produktionen nicht in Staaten mit geringeren Klimaschutzstandards zu verlagern. Deshalb unterstützen wir den Green New Deal der Europäischen Kommission und setzen Standards für Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und der Handelspolitik. Wir wollen den Emissionshandel auf Wärme- und Verkehrssektor, den Flugverkehr und die Schifffahrt ausweiten. Uns geht es aber dabei auch um Nachhaltigkeit. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft stärken und Rohstoffe, die für die Industrie benötigt werden, möglichst im eigenen Land gewinnen und Recyclingrohstoffe einsetzen. In unserem Regierungsprogramm findet sich allein für das Thema des Waldschutzes ein ganzes Kapitel mit Maßnahmen, die Bundesregierung hat hierfür in den vergangenen vier Jahren 1,5 Mrd. Euro für die Wiederbewaldung in einem Paket zur Verfügung gestellt. Mobilität ist ein Ausdruck individueller Freiheit. Deshalb ist ein massiver Ausbau in die Infrastruktur weiterhin wichtig. Dazu gehören massive Investitionen in die Schienennetze und

eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Autobahn auf die Schiene. Wir wollen die Entwicklung von Wasserstoff als Energieträger weiter fördern und die Luftfahrt und Schifffahrt klimaneutral in die Zukunft bringen durch die Förderung und Entwicklung synthetischer Kraftstoffe, speziellen Forschungsprogrammen und Stärkung der Schlüsseltechnologien.

**Ronja Schmager (SPD):**

Der Klimawandel bedroht unsere Ökosysteme, das globale Gleichgewicht – unser Zusammenleben. Es sind die jungen Menschen, die der Welt in den letzten drei Jahren gezeigt haben, dass jetzt Zeit ist zu handeln – und zwar schnell. Die globale Temperatur ist bereits um 1,2 Grad gestiegen und die Folgen sehen wir gerade überall auf der Welt – sie sind katastrophal.

Als erstes müssen wir die Treibhausgasemissionen senken, um den menschengemachten Temperaturanstieg auf max. 1,5 Grad zu begrenzen. Dafür muss Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Stromgewinnung bis 2040 komplett auf erneuerbare Energie umbauen – und das ganz ohne Atomstrom.

Die Klimakrise ist aber auch eine soziale Frage, wir wollen deshalb die Wirtschaft sozial-ökologisch umbauen, um mit einer klimaneutralen Industrie die Arbeitsplätze der Zukunft zu sichern. Klimaschutz ist kein Luxus, die Kosten des Klimawandels dürfen nicht auf die*den Einzelne*n abgewälzt werden. Wir brauchen eine Mobilitätswende: Schiene vor Straße sowie Elektroantrieb und grüner Wasserstoff vor fossilen Brennstoffen. Dieser Umstieg gelingt nur, wenn er für alle bezahlbar ist, daher sollen die Kosten dafür über Beiträge anstatt Ticketpreise finanziert werden und die Nutzung vom Personen-Nahverkehr subventioniert werden.

Zudem setzen wir auf eine gute Landwirtschaft im Sinne des Tierwohls und der Biodiversität. Das System muss sich ändern, um unseren Planeten zu retten. Ganz nach dem Motto: »Change the system not the climate«.

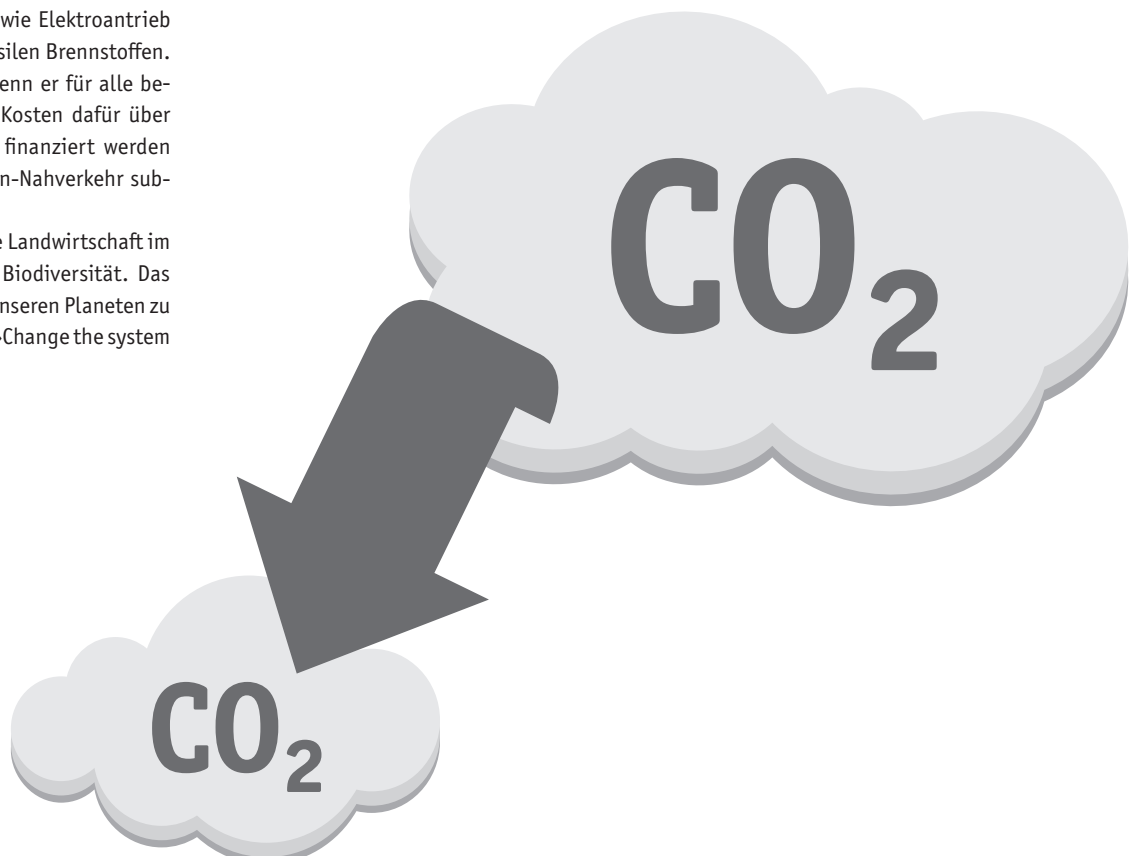
**Ria Schröder (FDP):**

Der Klimawandel ist die wichtigste globale Herausforderung unserer Zeit. Wir müssen die nächste Legislaturperiode nutzen um einen garantierten Pfad zur Klimaneutralität einzuschlagen. Wir setzen auf eine umfassende Dekarbonisierung unserer Lebensweise, indem wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass überall dort, wo derzeit noch CO₂ und andere Treibhausgase ausgestoßen werden, auf eine klimaneutrale Alternative umstellen. Wir setzen dabei auf die Ordnungspolitik und wollen ein striktes CO₂-Limit einführen und den Emissionshandel für alle Sektoren und alle Klimagase festlegen. Darüber hinaus wollen wir Anreize für massive Investitionen in Forschung und Entwicklung setzen, den Ausbau erneuerbarer Energien entbürokratisieren und neue Technologien wie Wasserstoff, Gentechnik und Cleanmeat ermöglichen. Wir wollen den Bahnverkehr nicht nur in Deutschland sondern europaweit ausbauen und damit zur echten und günstigeren Alternative zum Fliegen machen.

**Žaklin Nastić (LINKE):**

Wir streiten für einen konsequenten Schutz unserer Erde. Dazu gehört Klimagerechtigkeit, die menschenrechtsbasiert ist. Das sind wir den zukünftigen Generationen schuld. Nicht umsonst besagt ein berühmtes indianisches Sprichwort, dass wir unsere Erde nur von unseren Kindern geliehen haben.

Spätestens 2030 wollen wir den letzten Kohle-meiler vom Netz nehmen und bis 2035 unseren Energiebedarf vollständig mit erneuerbaren Energieerzeugern decken. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien zugleich als Job-Motor wirkt und vielen jungen Menschen gute Zukunftsperspektiven bietet. Mit niedrigen Preisen für den notwendigen Verbrauch werden wir dafür sorgen, dass sich alle ihren Energie-Grundbedarf leisten können. Erst der Mehrbedarf an Energie z.B. für Großkonzerne wird teurer. Damit wollen wir die Ärmern sowie die Mittelschicht entlasten, die Reichen in die Pflicht nehmen und die Kosten der Energiewende fair verteilen.



Wir wollen den ÖPNV stärken, ihn massiv ausbauen und kostenfrei machen. Wir in Hamburg wissen leider allzu gut, was ein teurer ÖPNV bedeutet – fast jährlich werden die Fahrpreise erhöht, mittlerweile sind es die höchsten bundesweit. Das ist weder sozial noch ermutigt es die Hamburgerinnen und Hamburger dazu, vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Es wäre aber innerhalb von fünf Jahren möglich, den gebührenfreien ÖPNV in ganz Deutschland einzuführen – und genau das streben wir an. Die Deutsche Bahn und Lufthansa wollen wir zusammenlegen – mit Orientierung am Bedarf statt am Profit. Einen sanften Wandel von Kurzstreckenflügen zu Hochgeschwindigkeitszügen erreichen wir, indem wir beides gemeinsam organisieren statt in Konkurrenz zueinander. Anstatt Preiserhöhungen für Flüge das Wort zu reden, müssen wir dabei vielmehr die Preise für Bahntickets deutlich senken. Natürlich dürfen auch diejenigen, die aktuell z.B. in der Kohlebranche tätig sind, von der Politik nicht im Stich gelassen werden. Also will DIE LINKE den Strukturwandel fair gestalten und insgesamt 40 Milliarden Euro investieren, um die Einkommen aller zu sichern und notwendige Übergänge in klimaschonende Wirtschaftszweige sozial abzufedern.



Linda Heitmann (Grüne):

Um Klimaschutz politisch wirksam voranzubringen, braucht es aus meiner Sicht Anstrengungen insbesondere in drei großen Bereichen: die CO₂-Emissionen großer verarbeitender Industrieunternehmen müssen stark reduziert werden, wir brauchen eine echte Mobilitätswende, um Emissionen auch im Straßen- und Flugverkehr zu reduzieren, und wir müssen in Wohnraum mit guter Wärmedämmung und niedrigem Energieverbrauch investieren. Das von uns Grünen veröffentlichte Klimaschutz-sofortprogramm für die nächste Bundesregierung stellt folgende Punkte ins Zentrum:

1. Erneuerbare Energien schneller ausbauen
2. Den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen
3. Wirtschaft und Industrie auf Klimaneutralität ausrichten
4. Klima-Offensive bei Gebäuden und im Bausektor starten
5. Mobilitätswende beschleunigen
6. Grünen Wasserstoff stärken
7. Klimaschutz, Natur und Landwirtschaft zusammenbringen
8. Klimaschutz sozial gerecht gestalten
9. Bundeshaushalt zum Klimahaushalt machen
10. EU zur Klimavorreiterin machen, Klimaaußenpolitik vorantreiben

Anzeige

LEIDER GEIL!

WIR MACHEN DAS BESTE
AUS DEINEN IDEEN.



printarena

www.printarena.de

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen über das so genannte Energiegeld, das transparent pro Kopf gezahlt wird, zurückgeben. Weiterhin streben wir die Senkung der EEG-Umlage an. Mit dem Energiegeld wird klimafreundliches Verhalten belohnt, und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohen Einkommen belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll. Auch Pendler*innen, die auf Bahn, Bus oder ein emissionsfreies Fahrzeug umsteigen, wollen wir über einen Klimabonus-Fonds, der großzügige Hilfen bietet, unterstützen.



3. Stichwort: Die Folgen der Coronapandemie für junge Menschen auffangen

Junge Menschen, die durch Homeschooling und Social Distancing besonders unter der Pandemie leiden mussten, standen nicht im Fokus der Politik. Die letzte Bundesregierung hat erst spät das »Aufholprogramm« für junge Menschen aufgelegt. Reicht das? Was fehlt?



Franziska Hoppermann (CDU):

Für Bildung und Schule sind die Bundesländer zuständig. Um die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche aber mit aufzufangen, wurde ein Paket mit über 30 Mrd. Euro Unterstützung für die Länder von der Bundesregierung und dem Bundestag beschlossen. Besonders wichtig sind zwei Punkte: Zum einen die Unterstützung für Kinder und Jugendliche, die in der Schule nicht mitgekommen sind und im Schulstoff Nachhilfe brauchen. Hier braucht es Programme wie Lernferien, Lerncoaches und ähnliches, um zu verhindern, dass große Lücken entstehen. Hierfür wird eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Und eine deutliche Verbesserung in Ausstattung und Umgang mit digitalen Lernformen. Und zum anderen psychologische Unterstützung und mehr Angebote in der Jugendarbeit. Kindern und Jugendlichen fehlt häufig der soziale Kontakt,

Depressionen und Ängste haben zugenommen. Sie brauchen vermehrt Begleitung und Austausch, untereinander und mit professioneller Begleitung. Deshalb muss neben der Lernförderung das soziale Miteinander durch einen Ausbau der Angebote gestärkt werden. Hierfür wird eine weitere Milliarde zur Verfügung gestellt.



Ronja Schmager (SPD):

Der Fokus muss mehr auf die Folgen für die junge Generation gelegt werden. Wir müssen alles daran setzen, dass die Coronapandemie die Lebenswege der Kinder und Jugendlichen nicht durch fehlende Bildung oder soziale Erfahrungen verbaut.

Unsere oberste Priorität gilt der Bildungsungerechtigkeit. Hier müssen die durch »Homeschooling«

entstandenen Bedarfe erhoben werden, um zielgerichtete und niedrigschwellige Förderangebote anzubieten.

Wir setzen uns für eine bundesweite Ausbildungsplatzgarantie ein. Diese soll durch eine Abgabe der Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, andere Unternehmen unterstützen, jungen Menschen flächendeckend berufliche Perspektiven anzubieten. Die Unternehmen sollen im Rahmen eines Ausbildungsfonds entsprechend Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im Betrieb an den Ausbildungsfonds einrichten müssen.

Wir werden ein elternunabhängiges BAföG umsetzen und dafür sorgen, dass vor dem Hintergrund der prekären Situation vieler Studierender der Verzicht auf Gebühren jeglicher Art durchgesetzt wird, um allen jungen Menschen den Zugang zum Studium zu erleichtern.

Wir müssen die finanziellen Lasten durch die Coronapandemie generationenübergreifend schultern, daher braucht es in den nächsten Jahren Investitionen, um insbesondere die sozial-ökologische Transformation zu bewältigen. Die Schuldenbremse darf dabei kein Hindernis sein und muss so reformiert werden, dass Investitionen auch über Kredite möglich sind.



Zur Finanzierung der coronabedingten Mehrausgaben fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe für Vermögende, insbesondere für jene, die durch die Krise profitiert haben. Des Weiteren fordern wir mit Nachdruck eine umfassende Erbschaftsreform und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um die anstehende sozial-ökologische Transformation zu finanzieren.



Ria Schröder (FDP):

Für junge Menschen war und ist die Coronapandemie der drastischste Einschnitt in ihr bisheriges Leben. Viele Erfahrungen, wie Abschlussball, Gap Year oder Ersti-Partys mussten ersatzlos ausfallen. Die Schulschließungen haben massive Brüche in Bildungsbiographien verursacht. Soziale Isolation und Lockdown machen jungen Menschen psychisch immens zu schaffen.

Wir Freie Demokraten wollen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern, Prävention und Aufklärung stärken sowie die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickeln. Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir deutlich erhöhen. Ebenso wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie schaffen. Schulpsychologische Beratungsangebote wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein. Schließlich fordern wir eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, denn die psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Durch die Förderung von psychischer Gesundheit und Prävention wird die Gesellschaft sensibilisiert und Einzelnen kann schnell geholfen werden.

Um die Einschnitte in Bildungsbiographien abzufedern, wollen wir jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden können, mit Azubi-Botschaftern zur Seite stehen und ihnen mit einer Zukunftsgarantie den Einstieg in die Ausbildung erleichtern.

Die Große Koalition hat Studierende, die ihren Nebenjob wegen der Pandemie verloren haben, am langen Arm verhungern lassen. Wir wollen das BAföG für mehr Studierende öffnen, indem wir die

Studienfinanzierung einfacher und digitaler machen und zu einem krisenfesten elternunabhängigen Baukasten-BAföG reformieren.



Žaklin Nastić (LINKE):

Entscheidungen der Bundesregierung während der Pandemie haben das Kindes- und Jugendwohl nicht vorrangig berücksichtigt. Zentrale Schutzrechte sind unbeachtet geblieben. In Hamburg wurden Schülerinnen und Schüler sogar offen geächtet und mit Bußgeldern dafür bestraft, dass sie nicht am Homeschooling teilnahmen – und das obwohl viele gar nicht die technische Ausstattung dafür hatten und sich diese auch nicht leisten konnten – ein ungeheurer Vorgang! Auch die psychosozialen Folgen der Krise (und der ergriffenen Maßnahmen) sind laut »Copsy«-Studie des Hamburger Universitätsklinikums Eppendorf (UKE) nicht übersehbar. Vor der Pandemie fühlte sich ein Drittel aller befragten Kinder und Jugendlichen »psychisch stark belastet«, seit der Coronakrise sind es 71 Prozent.

Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die soziale Infrastruktur (z.B. Jugendhäuser) nachhaltig ausbauen, finanziell und personell stärken und eine funktionierende Kinder- und Jugendhilfe für Alle gewährleisten. Es war zwar definitiv ein Fehler, vor allem während des ersten Lockdowns unverzichtbar wichtige Jugendeinrichtungen an vielen Orten komplett zu schließen. Aber das Problem von zu wenigen sozialen und psychologischen Angeboten für Kinder und Jugendliche besteht nicht erst seit der Coronakrise, sondern ist eine direkte Folge jahrelanger Sparpolitik auf Kosten der jungen Generationen. Diese Politik wollen wir dringend umkehren.

Durch mehr Lehrpersonal in Schulen sowie durch flächendeckenden Einbau von Luftfiltern in Bildungseinrichtungen möchten wir außerdem verhindern, dass zukünftig wieder Wechselunterricht oder gar Homeschooling notwendig werden. Als pandemiebedingte Sofortmaßnahme wollen wir allen schulpflichtigen Kindern im Leistungsbezug einen einmaligen, unbürokratischen Zuschuss in Höhe von 500 Euro für Computer, Drucker und weitere IT-Ausstattung gewähren und ihnen somit bessere Möglichkeiten geben, Lernstoff aufzuholen und Defizite auszugleichen.



Linda Heitmann (Grüne):

Sommercamps und Nachhilfe in den Kernfächern alleine sind ein Anfang, werden aber nicht ausreichen, um die Folgen der Krise zu bewältigen. In erster Linie ist es nun wichtig, dass die Schulen bei der nächsten Welle nicht wieder im Betrieb eingeschränkt werden, sondern Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit rücken. Kinder haben nicht nur an einem Mangel an Unterricht, sondern vor allem auch ganz besonders unter einem Mangel an sozialen Kontakten und Bewegungs- sowie Kulturangeboten gelitten.

Deshalb müssen wir Sport-, Erlebnis-, und Kulturangebote ausbauen, die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen stärken sowie die Vermittlung von Wissen zur psychischen Gesundheit und zu Krisen an Schulen verbessern. Mit Mentor*innen, Bildungslots*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen knüpfen wir ein sicheres Netz an breiter Unterstützung, um die psychische Gesundheit von unseren Kindern und Jugendlichen nachhaltig besser im Rahmen von Ganztagsangeboten zu schützen. Jedes zusätzliche Angebot für die Krisenbewältigung soll die Qualität an KiTas, Horten und Schulen auch langfristig voranbringen.

4. Stichwort: **Freiwilliges Engagement, junges Ehrenamt**

Ehrenamtliches Engagement ist für die Zivilgesellschaft unverzichtbar. Junge Menschen beklagen, dass ihre Freiräume dafür durch Ganztagschule oder durch ihre Studiensituation schwinden. Wie wollen Sie die Anerkennung des jungen Ehrenamtes, beispielsweise im Jugendverband, befördern?



Franziska Hoppermann (CDU):

Ich komme selbst aus der Jugendarbeit, war knapp 20 Jahre bei den Pfadfindern, vom Wölfling bis zur Gruppenleiterin. Mir ist es schon immer ein Anliegen, vor allem junge Menschen für Engagement zu begeistern – ganz gleich ob

in der Politik, der Jugendverbandsarbeit, Kirchengemeinden, Sportverein, Musikschulen, Jugendfeuerwehren oder anderen. Hier ist ein sehr wichtiger Ort, andere Kompetenzen als in der Schule zu erlernen – vor allem im Sozialverhalten und in der Übernahme von Verantwortung. Ehrenamtliches Engagement trägt unsere Gesellschaft und ist ein Anker für ein gutes Miteinander. Deshalb habe ich 20 Jahre im Jugendhilfeausschuss für Kinder- und Jugendarbeit gekämpft. Großartig finde ich Projekte mit sozialem Engagement, die im Rahmen von Schule ausprobiert werden können und dann durch Erwähnung im Zeugnis anerkannt werden, wie z.B. Schulsanitätsdienst, Mediatoren, Klassenpaten für jüngere Klassen. So gibt es einen leichten Zugang zu unterschiedlichen Möglichkeiten für

ehrenamtliche Tätigkeit. Für das Engagement im Jugendverband oder ähnlichem sollte es bezuschusst und erleichtert werden, einen Jugendgruppenleiterschein zu machen, z.B. durch Befreiung vom Unterricht. Und es sollte andere Erleichterungen bekommen, wie z.B. vergünstigt den ÖPNV zu nutzen. Insgesamt nimmt soziales Engagement bei Bewerbungen um Arbeitsplätze ein immer stärkeres Gewicht ein, so dass sich dieser Einsatz für die Gesellschaft und andere sich auch für einen selbst lohnt.



Ronja Schmager (SPD):

Ehrenamtliches Engagement verdient höchste Wertschätzung, sei es im Sportverein, in Bildungsgruppen oder Parteien. Vielen junge Menschen wollen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten und dabei selbst ihre sozialen und fachlichen Kompetenzen stärken. In Vereinen mit demokratischen Strukturen sollen jungen Menschen partizipative Beteiligungsformate angeboten werden, so dass sie hier lernen können, Verantwortung zu übernehmen und aktiv mitzugestalten. Hierfür bedarf es Jugendversammlungen, -beiräten und -ausschüssen, die zur Beratung miteinbezogen werden.

Auch die Anerkennung durch den Erwerb von Qualifikationen, Auszeichnungen und Engagementpreisen muss weiter gefördert werden. Unsere Demokratie lebt vom Engagement der Bürger*innen, daher müssen wir ihnen auch den Raum geben, sich entsprechend zu entfalten. So müssen die Strukturen bspw. in ehrenamtlichen Kommunalparlamenten attraktiver für junge Menschen werden, in denen Sitzungen zum Teil auch ortsunabhängig in Videokonferenzen verfolgt werden können und verstärkt auf die jungen Menschen zugegangen wird.





Ria Schröder (FDP):

Wir Freie Demokraten wollen ehrenamtliches Engagement als zentralen Beitrag für unsere lebendige Gesellschaft und als tragende Säule der Alltags- und Freizeitgestaltung junger Menschen stärken. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass gerade Jugendliche trotz Ganztags, Ausbildung, Studium oder Arbeit Raum und Zeit haben, ein Ehrenamt wahrzunehmen. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in bestimmten Projekten eines Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen. Zudem soll die Möglichkeit bestehen, sich für ein Studium förderliche Erfahrungen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit, vergleichbar einem FSJ, auf den NC anrechnen zu lassen und das Ehrenamt soll eine Berücksichtigung im Baukasten-BAföG finden.

Außerdem wollen wir das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten. Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen – etwa in den

Bereichen Akquise und Verwaltung, und wir wollen die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale angemessen erhöhen.



Žaklin Nastić (LINKE):

Ehrenamtliches Engagement ist für unsere Gesellschaft von immenser Wichtigkeit und hilft jungen Menschen außerdem dabei, sich weiterzubilden und ihre sozialen Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Junge Ehrenamtliche sind diejenigen, die viele Einrichtungen überhaupt erst am Laufen halten – ohne ihr Engagement würden einige Organisationen zusammenbrechen. Daher verdienen sie allerhöchste gesellschaftliche Anerkennung. DIE LINKE setzt sich für eine verstärkte Förderung des Ehrenamts ein und möchte beispielsweise sicherstellen, dass kommunale Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen des SGB II und des BAföG angerechnet werden. Zudem wollen wir Strukturen ausbauen und sichern, die freiwillig engagierte Menschen unterstützen. Auch die Anerkennung

von freiwilligem Engagement wollen wir verbessern und zusammen mit den Ländern und Kommunen einen bundesweit einheitlichen Freiwilligenpass schaffen, der Vergünstigungen und kostenlose Nutzung von Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen ermöglicht. Zudem treten wir dafür ein, das ehrenamtliche Engagement junger Menschen als Praxissemester oder Praktikumsleistung für Studierende anzurechnen. Beim BAföG wollen wir die Verlängerung der Förderhöchstdauer auf das Ehrenamt in anerkannten Jugendverbänden, betrieblichen Interessensvertretungen, Studienstiftungen und Kommunen erweitern. Wir sind außerdem der Meinung, dass ehrenamtliches Engagement mehr Aufmerksamkeit, Respekt und Anerkennung seitens politisch Verantwortlicher erfahren muss. Daher setzen wir uns für einen Hauptausschuss zum bürgerschaftlichen Engagement im Deutschen Bundestag ein.



Linda Heitmann (Grüne):

Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise.

Angebote zum ehrenamtlichen Engagement sollten mit dem Ganztags an Schulen nicht in Konkurrenz stehen, sondern dort klug integriert sein. Dazu bedarf es kluger Kooperationen von Schulen, Musikschulen, Sport- und auch Jugendverbänden. Zum Ehrenamt gehören zunehmend aber auch digitale Formen des Ehrenamtes, denn sie ermöglichen Vernetzung bei weiten Entfernungen oder wenn dem physischen Engagement anderes im Wege steht.

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt wollen wir Grüne zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und dezentral Organisationen unterstützt. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung von ÖPNV zu vergünstigen – für alle, die ehrenamtlich aktiv sind. Die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale wollen wir sukzessive angleichen.

Auch im Studium muss sich in der Tat einiges ändern: Solange die Regelstudienzeit relevant für die Studienfinanzierung ist, muss ehrenamtliches Engagement von Studierenden durch verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten auf die Studienzeit klug ausgestaltet werden.



5. Stichwort: **Demokratiebildung stärken**

Demokratiebildung ist eine Daueraufgabe – nicht allein als Präventionsmaßnahme gegen Rechtsextremismus sondern elementar für eine demokratische Gesellschaft. Wie wollen Sie Lernorte der Demokratie stärken und politische Bildung für junge Menschen befördern?



Franziska Hoppermann (CDU):

Ich komme aus der Kommunalpolitik. Mitmachen und Partizipation in politischer Gestaltung fängt dort an. Deshalb unterstütze ich sehr, wenn Schulen z.B. Kurse in Kommunalpolitik anbieten. Als Fraktionsvorsitzende in der Bezirksversammlung habe ich hier einige Schulen und Projekte begleitet. Vor allem im direkten Umfeld ist die Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen wichtig. So z.B. in jedem Bebauungsplanverfahren, also der baulichen Gestaltung des Umfelds. Wichtig an diesen Prozessen ist: Demokratie ist ein Aushandlungsprozess, ist Diskurs, Überzeugung, Kompromiss. Das ist mitunter anstrengend, aber es lohnt sich sehr, ein Teil davon zu sein. Jede extremistische Richtung ist nicht zu tolerieren.

Einrichtungen wie Jugendparlamente, Jugend im Parlament und andere sind wichtige Orte, um sich in demokratischen Strukturen auszuprobieren. Auch das Engagement in einer Jugendorganisation einer demokratischen Partei ist eine gute Möglichkeit hierzu. Oder innerhalb der Jugendeinrichtungen. Darüber hinaus finde ich es sehr wichtig, die Gewaltenteilung auch in der Schule kennenzulernen und auch die Judikative als Pfeiler des Rechtsstaats kennenzulernen, z.B. in Rechtskundeunterricht. Nicht zuletzt gehört auch der Umgang mit sozialen Medien und den politischen Botschaften, die dort mitunter als Fake News oder in Form von Hass und Hetze verbreitet werden, zur politischen Bildung dazu.



Ronja Schmager (SPD):

Politische Bildung sollte so früh wie möglich beginnen, denn Wissen über die Geschichte, gesellschaftliche Strukturen und politische Mechanismen ebnet den Weg zur Beteiligung.

Kinder und Jugendliche müssen auf allen Ebenen an politischen Prozessen beteiligt werden und einen Anspruch auf echte Beteiligung in kommunalen Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen haben, die gesetzlich in

den Kommunalverfassungen verankert werden müssen. Jugendverbände und bestehende Beteiligungsstrukturen wie Jugendringe, Kinder- und Jugendparlamente wollen wir dauerhaft und nachhaltig finanzieren und jedes neue Gesetz einem Jugend-Check unterziehen.

Darüber hinaus müssen auch digitale Orte des Austausches über gesellschaftsrelevante Themen gefördert werden, diese sollen paneuropäisch vernetzt sein, sodass Demokratiebildung nicht an der Landesgrenze aufhört.

Kulturelle Austauschprogramme für Schüler*innen, Azubis und Studierende wollen wir ganz bewusst für alle jungen Menschen unabhängig vom Portemonnaie ermöglichen. Denn durch das Kennenlernen und Freundschaften knüpfen mit jungen Menschen aus anderen Ländern, können Vorurteile abgebaut werden und ein Gemeinschaftsgefühl aller jungen Menschen in Europa und darüber hinaus entstehen. Rassismus und Faschismus fängt nämlich im Kopf und im Alltag an, dafür müssen antirassistische

und antifaschistische Initiativen in der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Wir sind selbst ein Teil davon und stellen uns den Nazis entgegen. Wir kämpfen jeden Tag für eine offene und tolerante Gesellschaft.



Ria Schröder (FDP):

Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen.

Wir Freie Demokraten wollen die Vielfalt bürgergesellschaftlichen Engagements in einer lebendigen Bürgergesellschaft stärken. Durch ehrenamtlichen Einsatz leisten viele Bürgerinnen und Bürger einen elementaren Beitrag zu einer friedfertigen, lebendigen und wehrhaften Demokratie. Wo Vereine, Stiftungen und andere Organisationsformen Zuwendungsempfänger von staatlicher Struktur- und Projektförderung sind, muss der Staat sicherstellen, dass sie und ihre Projektpartner auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

Wir wollen außerdem die politische Bildung in den Schulen stärken und dabei besonders rechts-extreme Narrative und Alltags-Antisemitismus entlarven und rassistischen und antisemitischen Vorurteilen sowie Hass vorbeugen.



Žaklin Nastić (LINKE):

Demokratiebildung ist ein grundlegender Baustein für eine offene, tolerante und antifaschistische Gesellschaft. Von daher möchten wir die politische Bildung an Schulen sowie kritische Sozialwissenschaften an Hochschulen finanziell und personell stärken und sie gegen Angriffe konservativer und rechter Parteien verteidigen. Zudem setzen wir uns für eine gelebte antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die Opfer des Faschismus von damals und heute zu bewahren. Auch bei der beruflichen Ausbildung ist es wichtig, dass politische Bildung Teil des Lehrplans ist.

Zur Demokratie gehört aber auch die Gewährleistung des Rechts auf politische Teilhabe – und zwar für Alle. Der schon zuvor erwähnte Ausbau von sozialen Kinder- und Jugendeinrichtungen würde helfen, mehr Angebote der politischen

Bildung auch für Jugendliche aus sogenannten »Brennpunkten« zu schaffen. Es ist nämlich auffällig, dass in den reichsten Hamburger Stadtteilen die Wahlbeteiligung deutlich höher ist als in den »Brennpunkten«. Das liegt auch daran, dass ärmere Menschen in erster Linie damit beschäftigt sind, irgendwie »über die Runden« zu kommen und keine Zeit finden, sich mit politischen Prozessen umfassend zu befassen. Politische Beteiligung darf aber nicht vom Geldbeutel abhängen. Durch soziale Absicherung, gute Löhne und niedrigschwellige Angebote zur politischen Bildung wollen wir auch ärmere Menschen stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse mit einbeziehen. Auch Migrant*innen, die in Deutschland ihren langfristigen Lebensmittelpunkt haben, sollten unserer Auffassung nach das Wahlrecht bekommen, denn auch sie sind ein wichtiger Teil unserer vielfältigen Gesellschaft und haben ein Recht auf politische Teilhabe.



Linda Heitmann (Grüne):

Wir Grüne wollen Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit,

Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen zur Erziehung müssen wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für Jugendliche sowie soziale Begegnungen nachhaltig fördern.

Politik mit und für junge Menschen braucht zudem in Zeiten der Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale Begegnungen und Austauschprogramme.



6. Stichwort: **Kinderarmut bekämpfen**

Die sozialen und ökonomischen Folgen der Coronapandemie haben die bestehende Ungleichheit weiter radikalisiert; gerade Kinder und Jugendliche in einkommensschwachen Haushalten sind von wachsender Armutsgefährdung bedroht. Was gilt es dagegen zu tun?



Franziska Hoppermann (CDU):

Nach der Coronakrise muss insbesondere der Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen werden, um die Arbeitsplätze und damit Einkommen und Wohlstand zu sichern. Das Kurzarbeitergeld hat hier in der Krise viel abfedern können. Durch die zuvor eingeführte und eingehaltene Schuldenbremse hatte Deutschland den Spielraum, auch darüber hinaus in nie dagewesenem Umfang Finanzhilfen und Unterstützung leisten zu können.

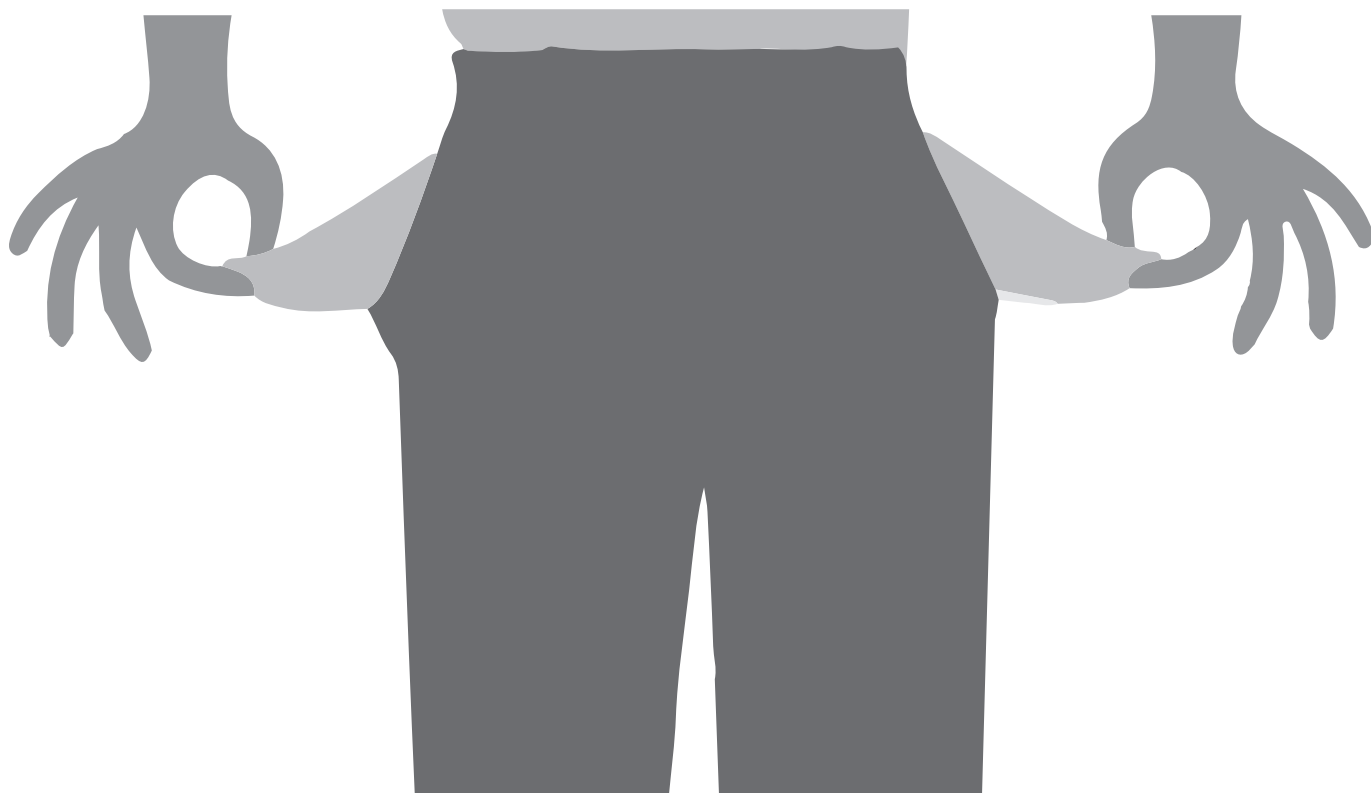
Um insbesondere die sozial schwachen Familien zu unterstützen, werden 100 Euro pro Kind an Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind oder ein

geringes Einkommen haben, gezahlt. Wir stehen dafür ein, dass sich Leistung lohnt und jeder die Möglichkeit für Aufstieg bekommt. Dafür werden wir z.B. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten erhöhen, die Anrechnung von Einkommen auf SGB II neu strukturieren, um hier Anreize für einen Ausstieg aus Hartz IV zu geben. Für Familien wollen wir im Steuerrecht das Familiensplitting einführen, um Kinder auch besser in der Steuer zu berücksichtigen und die Familien zu entlasten. Auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, den wir in dieser Legislatur verdoppelt haben, soll noch einmal von 4000 auf 5000 Euro erhöht werden. Und wir wollen Familien mehr Zeit füreinander geben durch die Verlängerung der Elternzeit und der Einführung von Familienzeitkonten bei der Arbeit.



Ronja Schmager (SPD):

Wir alle wollen hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Das bedeutet zum Beispiel, keine Angst davor haben zu müssen, dass man fallengelassen wird, wenn man den Job verliert. Wir wollen eine Abkehr von Hartz IV und deshalb ein Bürger*innengeld einführen, das den Leuten hilft, wieder in den Job zu finden, anstatt zusätzlich Druck und Stress auszulösen. Und insbesondere Kinder müssen vor Armut geschützt werden. Deswegen wollen wir eine Kindergrundsicherung, die eine Kindheit und Jugend ohne ständige Angst vor Armut möglich macht.





Ria Schröder (FDP):

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut gefährdet. Der Mangel an finanziellen Mitteln führt zu oft zu Chancenarmut und verhindert Aufstieg. Die Coronakrise hat dieses Problem extrem verstärkt. Wir Freien Demokraten setzen uns entschlossen dafür ein, dass jedes Kind gleiche Chancen hat, unabhängig vom Elternhaus. Daher fordern wir eine Radikalreform gegen Kinderarmut, indem wir erstens die wirtschaftliche Situation der Eltern durch das Liberale Bürgergeld verbessern, zweitens Kindern durch das Kinderchancengeld echte Teilhabe ermöglichen und drittens hervorragende Bildung garantieren – und zwar ganz besonders dort, wo die Armut am größten ist.

Der Sozialstaat sollte ein Sprungbrett sein. Er sollte ermutigen, Potentiale freisetzen und Anstrengung auch wirklich belohnen. Deshalb wollen wir Freie Demokraten Hartz IV abschaffen und das Liberale Bürgergeld einführen, in dem bisherige Leistungen im Sinne einer negativen Einkommensteuer zusammengefasst sind. So lohnt sich jeder hinzuverdiente Euro sofort und die Grundsicherung wird unbürokratischer, würdevoller, leistungsgerechter, digitaler und vor allem chancenorientierter.

Wir Freie Demokraten wollen ein Kinderchancengeld bestehend aus drei Säulen: Einem Grundbetrag in Höhe von 200 Euro, einem Flexibetrag abhängig vom elterlichen Einkommen und einem Chancenpaket, mit dem nicht-materielle Leistungen wie Schulessen, Nachhilfe, Betreuung und Hilfestellung bei Hausaufgaben, Sprach-/Leseförderung oder Musikunterricht finanziert werden können.

Klar ist aber auch: Wenn wir Chancengerechtigkeit für jedes Kind wollen, brauchen wir ein Bildungssystem, dass alle Kinder nach ihren Bedürfnissen fördert und ihnen Chancen ermöglicht. Daher wollen wir unser Bildungssystem von der Kita bis zum Abitur reformieren. Dafür wollen wir deutlich mehr exzellent ausgebildete und motivierte Erzieherinnen und Erzieher gewinnen, Kinder schon vor der Schule gezielt fördern und dabei insbesondere Sprachdefizite ausräumen. Wir wollen die Schulen zu Orten machen, die Neugierde und Kreativität befördern, insbesondere durch eine bessere individuelle Förderung. Außerdem wollen wir in ganz Deutschland Talentschulen mit modernster

Pädagogik und bester Ausstattung aufbauen – insbesondere in armen Stadtteilen und in Regionen mit großen sozialen Herausforderungen.



Žaklin Nastić (LINKE):

Kinderarmut ist hierzulande ein systematisches, seit vielen Jahren ungelöstes Problem, welches sich gerade mit der Coronakrise noch einmal verschärft hat. So wächst mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut auf, was 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren betrifft. Die Kinder- und Jugendarmut verharrt seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Trotz langer guter wirtschaftlicher Entwicklung sind die Zahlen kaum zurückgegangen. Es ist also offensichtlich, dass Kinderarmut das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen ist, die es endlich umzukehren gilt.

Durch die Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung von bis zu 630 Euro sowie durch die Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro monatlich will DIE LINKE dafür sorgen, dass kein Kind mehr zurückgelassen wird und in Armut aufwachsen muss. Außerdem sind wir uns darüber im Klaren, dass Armut in erster Linie auch soziale Ausgrenzung und fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedeutet. Dies wollen wir überwinden, indem wir in eine gute soziale Infrastruktur investieren und niedrigschwelligen, wohnortnahen und möglichst gebührenfreien Zugang zu ÖPNV, Kinderfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc. sicherstellen. Darüber hinaus ist es unbestritten, dass Kinderarmut eine direkte Folge von Elternarmut ist. Also werden wir das Armutsproblem an der Wurzel packen und einen Mindestlohn von 13 Euro sowie eine sanktionsfreie, bedarfsgerechte Grundsicherung von derzeit 1200 Euro statt Hartz IV einführen, was auch Kindern und Jugendlichen zugutekommen wird.



Linda Heitmann (Grüne):

Kinderarmut wollen wir durch die Einführung einer Kindergrundsicherung bekämpfen: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe werden dabei in eine neue, eigenständige Leistung zusammengefasst. Denn für jede Einzelleistung aufwändig in langen Formularellen alles zu beantragen, ist eine riesige Hürde, die vielfach dazu führt, dass die vorhandenen Hilfen bei den Kindern gar nicht vollständig ankommen. Nach einmaliger Beantragung bei der Geburt wird nach unserem Konzept die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch von der Familienkasse berechnet, die sie dann auch auszahlt. So kommt die Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, wollen wir Grüne mit einer Steuergutschrift entlasten.

Die Kindergrundsicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen. Für Jugendliche müssen Ausbildungen ein eigenständiges Leben oberhalb der Armuts-grenze ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Ausbildungsvergütungen ein.

Neben Kinder- und jugendspezifischen Maßnahmen wollen wir Armut ganz allgemein bekämpfen und reduzieren. Wir setzen uns dafür ein, den gesetzlichen Mindestlohn sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss er weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der Entwicklung der Tariflöhne zu entsprechen. Zudem wollen wir Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Das soziokulturelle Existenzminimum wollen wir im Zuge dessen neu berechnen. In einem ersten Schritt soll der Regelsatz um mindestens 50 Euro und damit spürbar angehoben werden.

7. Stichwort: **Beteiligung junger Menschen und ihre Rechte**

Wie wollen Sie die Beteiligung von jungen Menschen von der kommunalen über die bundespolitische bis hin zu europäischen Ebene stärken und ausbauen? Stimmen Sie für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Bundestagswahlen? Wie sollten die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?



Franziska Hoppermann (CDU):

Diese Antwort ist sehr verwandt mit der zu Frage 5. Das Wahlalter auf 16 abzusenken, unterstütze ich nicht. Für mich müssen aktives und passives Wahlrecht zusammenfallen, also zu wählen und gewählt zu werden. Und für mich gehört zu Recht auch Verantwortung. Volljährigkeit ist in Deutschland bei 18 Jahren. Dann gelten sämtliche Rechte und Pflichten: Geschäftsfähigkeit, also das rechtsgültige Unterschreiben von Verträgen, Heiraten, Führerschein machen, andere Straffähigkeit und anderes mehr. Deshalb bin ich dafür, das Wahlalter beim Alter der Volljährigkeit zu belassen.



Ronja Schmager (SPD):

Kinder und Jugendlichen sollten ab dem 16 Lebensjahr die Möglichkeit erhalten an allen Wahlen teilzunehmen, dafür setzen wir uns ausdrücklich ein. Dafür ist es elementar, dass Kinder und Jugendliche schon frühzeitig in politische Entscheidungsfindungen einbezogen werden. Hierzu wollen wir Kinder- und Jugendbeiräte etablieren, die in den Kommunen bis hin zum Europaparlament beratend bei Entscheidungen herangezogen werden. Wir wollen als SPD unsere Themen und Wahlprogramme so gestalten und formulieren, dass sie

den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen. Wir wollen junge Menschen bestärken, sich parteipolitisch zu engagieren, denn nur wenn wir viele junge Stimmen sind, können wir gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten, in der wir zusammenleben wollen.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz, dafür haben wir uns bereits in den vergangenen Jahren

stark gemacht und werden diese noch deutlich stärker formuliert im Gesetz verankern. Die Gegner des Kindergrundrechts verweisen auf den Schutz der Menschenwürde im Grundgesetz. Aber Kinder sind nicht einfach kleine Menschen. Sie sind Menschen, die besonderen Schutz brauchen.





Ria Schröder (FDP):

Wir wollen das Wahlalter bei allen Wahlen mindestens auf 16 Jahre absenken, denn das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Auch die repräsentative Demokratie gewinnt durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Wahlen. Deswegen befürworten wir etwa per Zufallsauswahl besetzte Bürgerräte, die dem Parlament zuarbeiten.

Die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz befürworten wir. Wichtig sind dabei vor allem die Rechte auf freie Persönlichkeitsentwicklung und Bildung.

Darüber hinaus wollen wir neue Wege für die Bürgerbeteiligung vor Ort testen, etwa indem digitale Angebote, auch niedrigschwellig via App, ausprobiert werden und Schulklassen stärker eingebunden werden. Davon profitieren insbesondere junge Menschen.



Žaklin Nastić (LINKE):

DIE LINKE fordert schon lange, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und ihre vollständige Umsetzung zu garantieren. Das hatte bereits die jetzt amtierende Bundesregierung im Koalitionsvertrag zugesichert, dieses Versprechen jedoch gebrochen. Mit dieser Verankerung im Grundgesetz wollen wir vor allem den Aufbau und die Gewährleistung der kinderrechtlichen Prinzipien des Kindeswohlvorzugs, des Schutzes, der Förderung und vor allem der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Jugendverbänden sicherstellen. Wir möchten zudem politische Bildungsangebote für Jugendliche ausbauen, mehr erswingliche Austauschmöglichkeiten mit jungen Menschen aus dem europäischen Ausland schaffen, Programme wie Erasmus und Erasmus+ stärken und das Wahlalter in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 14 Jahre herabsenken.



Linda Heitmann (Grüne):

Ja, die Herabsenkung des Wahlalters ab 16 ist ein zentraler längst überfälliger Punkt. Jede Altersgrenze, die man hier setzt, ist allerdings auch ein bisschen willkürlich und muss immer wieder neu überprüft werden. Langfristig kann es daher auch richtig sein, das Wahlalter noch niedriger anzusetzen.

Darüber hinaus muss aus meiner Sicht sichergestellt sein, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und maßgeblich berücksichtigt werden. Es braucht starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz.

Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir Grüne sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können, z.B. über Entscheidungsgremien vor Ort wie Kinder- und Jugendparlamente. Diese brauchen aber auch echte Entscheidungsgewalt über eigene Budgets. Nur so können junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen bzw. einfordern. Auch die Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken.

Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.



Infos zur Bundestagswahl

Was Du immer schon mal wissen wolltest ...

- **Bundestagswahl 2017** | Wie war's beim letzten Mal? Wie wurde der 19. Bundestag gewählt? Welche Parteien, welche Abgeordneten? Mit wie vielen Stimmen und Sitzen der Parteien im Parlament? Antworten unter www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahl-2017
- **Bundeszentrale für politische Bildung** | Die Bundeszentrale für politische Bildung hat auf der Themenseite Bundestagswahl unter www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen umfassend Materialien und Hintergründe gesammelt, die auch zur Weiterverwendung in der Jugendverbandsarbeit taugen. Exzellenter Überblick zu (fast) allen Fragen, die mit der Bundestagswahl zusammenhängen.
- **Deutscher Bundestag** | Die Seite www.bundestag.de ist das offizielle Informationsportal des Deutschen Bundestags. Hier findet sich alles, was das Parlament ausmacht, wer es bildet, wie es funktioniert, was debatiert oder in Ausschüssen beraten wird und was beschlossen wurde. Zudem kann eine Mediathek genutzt oder Parlamentsdrucksachen gesucht werden. Unter www.bundestag.de/wahl stehen Informationen zum Wahlrecht, über Erst- und Zweitstimme auf dem Wahlzettel, zu der Errechnung von Überhang- und Ausgleichsmandaten oder wie die Reihenfolge der Parteien auf dem Wahlzettel entsteht – und vieles mehr.
- **Fragen an die Parteien bei der U18-Wahl** | Der Deutsche Bundesjugendring hat zur Unterstützung der U18-Wahl an alle zugelassenen Parteien 15 Fragen zu Jugendthemen gestellt und präsentiert die Antworten unter www.u18.org/eure-fragen-an-die-parteien. Eine lesenswerte Ergänzung zu den Fragen und Antworten in dieser punktum-Ausgabe.
- **Programme, Prognosen und mehr** | Keine offizielle Seite des Bundestags – gleichwohl bietet www.bundestagswahl-2021.de viele aktuelle und gebündelte Informationen zu den zur Wahl stehenden Parteien.
- **U18 Bundestagswahl** | Noch keine 18 Jahre alt und trotzdem wählen? Die U18-Wahl des Deutschen Bundesjugendrings zusammen mit Partnern in den einzelnen Bundesländern macht es möglich. Am 17. September 2021 findet diese »junge Bundestagswahl« statt, auch in Hamburg öffnen sich – koordiniert vom BDKJ Hamburg – viele Wahllokale. Alle Infos und Standorte der Wahllokale finden sich unter www.u18.org.
- **Wahlbingo für Nichtwähler** | Du hast notorische Nichtwähler im Freundeskreis? Und bist mit Deinem Latein am Ende, sie doch zur Wahlteilnahme zu motivieren? Dann probiere es selbst oder besser lasse das Wahlbingo für Nichtwähler von diesen mal spielen: <https://wahlbingo.bpb.de>
- **Wahl-O-Mat** | Welche Partei passt zu mir? Der beliebte Wahl-O-Mat könnte da weiterhelfen. 38 Thesen zu unterschiedlichen Politikfeldern können mit »stimme zu«, »stimme nicht zu«, »neutral« oder »These überspringen« beantwortet werden, am Ende errechnet das Online-Tool den Grad der persönlichen Übereinstimmung mit den Antworten der Parteien. Zu finden unter www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat oder auf den Websites vieler überregionaler Tageszeitungen.
- **Wahl-Spezial auf mitmischen.de** | mitmischen.de ist das Jugendportal des Deutschen Bundestags und versucht Politik auf jugendgerechte Weise zu vermitteln. Unter www.mitmischen.de/bundestagswahl-2021 (am besten zum Aufruf ein Smartphone nutzen) wird bunt und aber auch detailliert über die kommende Wahl informiert.



Alle Links im Text kannst Du via www.ljr-hh.de/index.php?id=2243 oder über den QR-Code aufrufen.

Wahlprogramme der Parteien

Damit treten die in Hamburg zugelassenen Parteien an



In Hamburg sind 22 Parteien mit Landeslisten zur Bundestagswahl am 26. September 2021 zugelassen. Insgesamt treten 47 – von 53 zugelassenen – Parteien zur Bundestagswahl an, nicht jede davon in jedem Bundesland. In der nachfolgenden Liste stehen alle Hamburg wählbaren Parteien in der Reihenfolge, wie sie auf dem Hamburger Stimmzettel gelistet sind. Über

den QR-Code (oder via: www.ljr-hh.de/index.php?id=2242) können die Links zu allen Wahlprogrammen der Parteien auf der LJR-Website aufgerufen werden.

- **Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)** | www.cdu.de
- **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** | www.spd.de
- **Bündnis 90 / Die Grünen (GRÜNE)** | www.gruene.de
- **Die Linke (DIE LINKE)** | www.die-linke.de
- **Freie Demokratische Partei (FDP)** | www.fdp.de
- **Alternative für Deutschland (AfD)** | www.afd.de
- **Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)** | www.die-partei.de
- **Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei)** | www.tierschutz-partei.de
- **Freie Wähler (FREIE WÄHLER)** | www.freiewaehler.eu
- **Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)** | www.oedp.de
- **V-Partei³ – Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer (V-Partei³)** | <https://v-partei.de>
- **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** | <https://npd.de>
- **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** | www.mlpd.de
- **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** | <https://dkp.de>
- **Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)** | <https://diebasis-partei.de>
- **die Pinken / Bündnis21 (BÜNDNIS21)** | www.buendnis21.de
- **Die Urbane. Eine HipHop Partei (du.)** | www.die-urbane.de
- **Liberal-Konservative Reformer (LKR)** | <https://bund.lkr.de>
- **Partei der Humanisten (Die Humanisten)** | <https://www.diehumanisten.de>
- **Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)** | www.piratenpartei.de
- **Team Todenhöfer – die Gerechtigkeitspartei (Team Todenhöfer)** | www.teamtodenhoefer.de
- **Volt Deutschland (Volt)** | www.voltdeutschland.org

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder. • **Redaktion:** Jürgen Garbers (jg) • **Layout und Gestaltung:** Rebekka Posselt • **Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR). **V.i.S.d.P.:** Fatih Ayanoğlu c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. • **Auflage:** 2.200 Exemplare • **punktum** wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. **Druck:** eurodruck, Schnackenburgallee 158, 22525 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Misch' dich ein!



Wahlaufruf des Landesjugendrings Hamburg zur Bundestagswahl

Am 26. September 2021 wird nach vier Jahren der Deutsche Bundestag neu gewählt. Die politischen Karten werden neu gemischt, ein Aufbruch ist notwendig. Für viele Zukunftsfragen unserer Gesellschaft wird es eine bedeutende Wahl sein. Die Politik in den nächsten Jahren wird für die Bewältigung der Klimakrise, für den Umbau der Wirtschaft, für bessere Bildung oder für den Erhalt des sozialen Zusammenhalts in unserer vielfältigen Gesellschaft entscheidend sein.

Wir rufen dich auf, deine Perspektive auf diese Themen einzubringen. Geh' am 26. September wählen und mach' deutlich, wofür du einstehest. Es geht auch um deine Zukunft!

Werden deine Themen im Wahlkampf der Parteien diskutiert? Oder fehlt da was? Und findest du Antworten auf deine Fragen in den Wahlprogrammen der Parteien? Wir hoffen,

mit dem Jugend-Check zur Bundestagswahl in dieser punktum-Ausgabe eine Lücke zu füllen. Fünf Hamburger Politikerinnen, die für den Bundestag kandidieren, beantworten Fragen zu aktuellen politischen Themen und erklären ihre Ziele für die nächsten Jahre. Wir wollen dich damit unterstützen, dich gut über die zur Wahl stehenden Programme zu informieren. Sprich mit Freunden über die Themen, über die Programme und Ziele und vor allem über die Wahl: Denn umso mehr junge Menschen wählen gehen, desto stärker wird ihre Stimme im nächsten Bundestag hörbar sein.

Fatih Ayanoğlu, Sören Behn, Michael Gischkat und
Pascal Peisker
Vorsitzende des Landesjugendrings Hamburg

